

## **Entscheidungen des Bundestages zur Förderung und Vollendung der deutschen Einheit**

Nach der festlichen Eröffnungssitzung des ersten frei gewählten Bundestages in Ost und West war zunächst das Bonner „Wasserwerk“, ab 1992 der lichtdurchflutete Plenarsaal von Architekt Günter Behnisch, Werkstatt der Parlamentarier zur Vollendung der Deutschen Einheit. Bis auf wenige repräsentative Sitzungen, die nach der Deutschen Vereinigung bereits im Berliner Reichstagsgebäude stattfanden, tagte der Deutsche Bundestag bis zum Umzug des Parlaments nach Berlin im Sommer 1999 stets in Bonn und fasste dementsprechend dort auch seine Beschlüsse. Zum letzten Mal kamen die Parlamentarier am 1. Juli 1999 in Bonn zusammen.

Die folgende Dokumentation gibt in Auszügen einen Überblick der wichtigsten Gesetze, die der Bundestag in Bonn zum Vollzug der Einheit beschlossen, der Bundespräsident unterzeichnet und in Bonn verkündet wurden.

- 28.11.1989 Vorstellung eines Zehnpunkteprogramms zur schrittweisen Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas durch Bundeskanzler Helmut Kohl (am 1.12.1989 vom Bundestag mit Mehrheit gebilligt).
- 10.05.1990 Bildung des Ausschusses Deutsche Einheit.
- 21.06.1990 Verabschiedung des Gesetzes zu dem Vertrag vom 18. Mai 1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (u.a. auch des Gesetzes über die Errichtung eines Fonds "Deutsche Einheit").
- 26.06.1990 Verabschiedung des Gesetzes zum Abbau von Hemmnissen bei Investitionen in der DDR (DDR-Investitionsgesetz; Abbau steuerlicher Hemmnisse zur Förderung privater Investitionen in der DDR).
- 08.08.1990 Annahme des am 3.8.1990 mit der DDR geschlossenen gesamtdeutschen Wahlvertrags, der gesamtdeutsche Wahlen für den 2.12.1990 vorsieht.
- 20.09.1990 Verabschiedung des Gesetzes zu dem Vertrag vom 31. August 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands (Einigungsvertragsgesetz).

---

Impressum:

Herausgeber: Der Oberbürgermeister der Bundesstadt Bonn, Presseamt, Stadthaus, Berliner Platz 2, 53103 Bonn  
Telefon: 0228/77 3000, Telefax: 0228/77 2468, E-Mail: [presseamt@bonn.de](mailto:presseamt@bonn.de); Internet: [www.bonn.de](http://www.bonn.de)  
Redaktion: Friedel Frechen (verantwortlich), Dr. Monika Hörig. Zusammenstellung: Angela Beckmann, Isabel Klotz

- 05.10.1990 Annahme des Vertrags über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland (Zwei-plus-vier-Vertrag).
- 05.10.1990 Verabschiedung des Zehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes sowie zur Änderung des Parteiengesetzes.
- 25.10.1990 Annahme des mit der UdSSR geschlossenen Stationierungsvertrags vom 12.10.1990 über die Bedingungen des befristeten Aufenthalts und die Modalitäten des Abzugs der sowjetischen Truppen.
- 14.05.1991 Verabschiedung des Gesetzes zur Einführung eines befristeten Solidaritätszuschlags und zur Änderung des Verbrauchsteuergesetzes und anderer Gesetze (Solidaritätsgesetz) zur Finanzierung der Kosten der Deutschen Einheit (Einführung eines befristeten Solidaritätszuschlags zur Lohn-, Einkommens- und Körperschaftsteuer, Erhöhung der Mineralöl-, Tabak- und Versicherungssteuer sowie der Post- und Telefongebühren, steuerliche Förderung von Investitionen in den neuen Ländern) .
- 07.06.1991 Verabschiedung des Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1991 (u.a. Gemeinschaftswerk Aufbau Ost: umfassendes Hilfsprogramm zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Probleme in den neuen Ländern).
- 17.10.1991 Annahme des Gesetzes zu dem Vertrag vom 14. November 1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze (deutsch-polnisches Grenzabkommen vom 14.11.1990: definitive Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, gegenseitiger Verzicht auf Gebietsansprüche).
- 14.11.1991 Verabschiedung des Stasi-Unterlagengesetzes (u.a. Festschreibung des Rechts auf Akteneinsicht für Betroffene).
- 20.06.1991 Entscheidung für Berlin als künftiger Parlaments- und Regierungssitz.
- 16.01.1992 Einrichtung einer Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat (einstimmige Verabschiedung des Abschlussberichts mit Empfehlung für Verfassungsänderungen und -ergänzungen am 28.10.1992).
- 14.07.1992 Verabschiedung des Vermögensrechtsänderungs- und des Investitionsvorranggesetzes (Vorrang von Investitionen vor Klärung der Ansprüche von Alteigentümern in den neuen Ländern).
- 29.10.1992 Verabschiedung des ersten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes (Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Verfolgungen in der DDR).
- 21.12.1992 Grundgesetzänderung zur Verwirklichung eines vereinten Europas (Neufassung des Art. 23 GG).
- 21.01.1993 Verabschiedung des Gesetzes über das Ruhen der Verjährung bei SED-Unrechtstaten (Verjährungsgesetz: Aussetzung der Verjährung für nicht verfolgte Straftaten in der Zeit der SED-Herrschaft).

- 26.04.1994 Verabschiedung des Berlin/Bonn-Gesetz, das die rechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung des Umzugsbeschlusses vom 20.6.1991 schafft.
- 27.05.1993 Gesetz über Maßnahmen zur Bewältigung der finanziellen Erblasten im Zusammenhang mit der Herstellung der Einheit Deutschlands, zur langfristigen Sicherung des Aufbaus in den neuen Ländern, zur Neuordnung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs und zur Entlastung der öffentlichen Haushalte (Gesetz zur Umsetzung des Föderalen Konsolidierungsprogramms – FKPG: Solidarpakt zur Finanzierung der deutschen Einheit).
- 17.06.1994 Verabschiedung einer Entschließung zum Abschlussbericht des Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“.
- 23.06.1994 Verabschiedung des zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes (verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitierung von Opfern rechtsstaatswidriger Verfolgungen in der DDR).
- 27.09.1994 Verabschiedung des Entschädigungs- und Ausgleichleistungsgesetz (Entschädigung für entschädigungslose und nicht restituierbare Enteignung von Vermögenswerte in der SBZ und der DDR).
- 18.08.1997 Verabschiedung des Gesetzes zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Ländern (Grundlage für Aufbau Ost für die Jahre 1999-2004).

Quelle: Abteilung Zeitgeschichte des Deutschen Bundestages